

Beschluss

Soziale Kämpfe in die Parlamente

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 10.04.2021

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Leitantrag

1 Utopien gestalten knapp 150 junggrüne Menschen in ihren Kommunen seit diesem
 2 Jahr gemeinsam. Auf kommunaler Ebene kämpfen wir als GRÜNE JUGEND Hessen
 3 leidenschaftlich für Klimaschutz, soziale Kommunen und gegen Nazis und tragen
 4 diesen Kampf nun in die Parlamente. Doch es gibt auch Themen, bei denen die
 5 Kommunalpolitik an ihre Grenzen stößt. Seien es die Finanzierung der
 6 Antirassismus- und Demokratieförderung, ein krisensicheres Gesundheitssystem
 7 oder eine gute Sozialpolitik. Als politischer Jugendverband wollen wir die
 8 sozialen Kämpfe unserer Zeit mitgestalten und gemeinsam mit sozialen Bewegungen,
 9 von der Straße in die Parlamente tragen. Lasst uns im kommenden
 10 Bundestagswahlkampf unsere Utopien einbringen und gemeinsam für eine sozialere,
 11 ökologischere und feministischere Zukunft streiten.

12 **1. Das gute Leben für alle gemeinsam erkämpfen**

13 Wir kämpfen im Bundestagswahlkampf und darüber hinaus für eine offene und
 14 solidarische Gesellschaft. Alle Menschen haben das Recht ohne Benachteiligung
 15 oder Diskriminierung leben zu können. Deine Chancen dürfen nicht von deinem
 16 Geschlecht, deiner (zugeschriebenen) Herkunft oder Religion, Behinderung,
 17 sexuellen Orientierung oder dem sozio-ökonomischen Hintergrund abhängen.
 18 Demokratie kann erst dann gelingen, wenn sie die ganze Gesellschaft
 19 repräsentiert und alle an ihr teilhaben können. Wir stellen uns solidarisch an
 20 die Seite der vielen sozialen Bewegungen, die für eine gerechtere Gesellschaft
 21 kämpfen.

22 **Demokratie stärken - Rechte Netzwerke zerschlagen**

23 Wir brauchen endlich ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene, um
 24 antifaschistische, antirassistische und demokratiefördernde Arbeit zu
 25 verfestigen, damit sich Initiativen nicht immer wieder von Projektantrag zu
 26 Projektantrag entlanghangeln müssen. Präventions-, Aussteiger- und
 27 Opferberatungsorganisationen müssen eine stabile Förderung erhalten, ohne durch
 28 eine Extremismusklausel unter Generalverdacht gestellt zu werden. Wir lehnen es
 29 ab, dass linken Organisationen mit dem Gemeinnützigkeitsentzug gedroht wird. In
 30 unserem Antrag zu Polizeigewalt haben wir im Juli 2020 klare Forderungen für
 31 eine Reform der Sicherheitsbehörden im Einsatz gegen rechte Strukturen gestellt.
 32 Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und
 33 andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten sowie post-koloniale
 34 Machtstrukturen muss in allen Politikbereichen handlungsleitend sein.

35 **Feminismus ist muss!**

36 Gewalt gegen Frauen und LSBTIQA* Personen -sowohl physisch als auch psychisch-
 37 ist immer noch alltäglich in dieser Gesellschaft. Die Diskriminierung von
 38 Frauen, sei es beim Recht über den eigenen Körper oder im Bereich der Care
 39 Arbeit, geht uns alle an. Das Patriarchat zerschlägt sich nicht von alleine!

40 Deswegen muss unser sozialer Kampf auch ein feministischer sein. Unser
41 Feminismus ist dabei intersektional, queerfeministisch und materialistisch. Wir
42 kämpfen gegen Mehrfachdiskriminierungen und für ein Ende der kapitalistischen
43 Ausbeutung von Menschen, insbesondere bei der Sorgearbeit. Paragraphen, die das
44 Recht auf körperliche Selbstbestimmung einschränken, müssen endlich gestrichen
45 werden. Wir brauchen gleiche Löhne für gleiche Arbeit, eine Abschaffung des
46 Ehegattensplittings und die sichere Finanzierung von Frauenhäusern. Und wir
47 brauchen eine feministische Außenpolitik, die die Repräsentation von Frauen und
48 marginalisierten Gruppen in Friedensprozessen sichert und uns im Kampf gegen das
49 heteronormative Patriarchat und postkoloniale internationale Machtstrukturen
50 weiterbringt.

51 **Queere Rechte sichern**

52 Wir brauchen eine Politik, die die Rechte von LSBTIQA* Personen sichert und
53 Gewalt gegen unsere queeren Mitbürger*innen bekämpft. Wir fordern die
54 Verabschiedung eines Selbstbestimmungsgesetzes auf Bundesebene, dass u.a. die
55 Verfahren für die Berichtigung des Geschlechtseintrages vereinfacht und das
56 Offenbarungsverbot im Umgang mit Behörden und Unternehmen konkretisiert. Der
57 Schutz vor Diskriminierung auf Grund von sexueller Orientierung muss endlich in
58 den Artikel 3 des Grundgesetzes eingefügt werden. Diskriminierende Regelungen,
59 wie das de facto Verbot für Männer, die Sex mit Männern haben, Blut zu spenden
60 und die Hürden im Adoptionsrecht für queere Paare müssen endlich beseitigt
61 werden.

62 **Recht auf selbstbestimmtes Leben umsetzen**

63 Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wohnen, lernen
64 und arbeiten zu können und die Unterstützung zu wählen, die sie dafür brauchen.
65 Die UN-Behindertenrechtskonvention muss von der Bundesregierung endlich
66 umfassend umgesetzt werden! Das umfasst die Überarbeitung des
67 Bundesteilhabegesetzes, um Menschen mit Behinderung ein uneingeschränktes
68 Wunschrecht bei der Wahl und Gestaltung von Unterstützungsleistungen, ein
69 umfassendes Wahlrecht bei der Erbringung von Sach- und Dienstleistungen
70 außerhalb von Rehabilitationseinrichtungen sowie die Unterstützung bei der
71 Wahrnehmung dieser Rechte zu gewähren. Dazu braucht es auch eine inklusive (Um-
72)Gestaltung von Stadtquartieren und Dörfern, barrierefreies Bauen und eine
73 Verpflichtung privater Anbieter*innen zur Umsetzung von Barrierefreiheit.
74 Diskriminierende Vorschriften, wie der Mehrkostenvorbehalt für ambulante
75 Leistungen, müssen gestrichen werden. Hürden, die die politische Partizipation
76 für Menschen mit Behinderung erschweren, müssen abgeschafft und mehr politische
77 relevante Informationen in Deutscher Gebärdensprache und Leichter Sprache
78 bereitgestellt werden. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt
79 werden, dass alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet
80 sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre
81 Eltern richten.

82 **Jugend an die Schalthebel**

83 Häufig wird gesagt, die Jugend sei die Zukunft. Doch leider darf die Jugend ihre
84 politische Zukunft kaum mitbestimmen. Wir wollen die Altersdiskriminierung im
85 Wahlrecht abschaffen und fordern kurzfristig die Absenkung auf 14 Jahre und
86 langfristig die Abschaffung eines Mindestwahlalters und stattdessen die
87 Einführung eines Wahlscheins, den alle Menschen unter 14 Jahren beantragen
88 können. Wir fordern mehr finanzielle Mittel für Jugendprojekte vor Ort, damit

89 Kinder und Jugendliche mehr Plätze haben, an denen sie ihre Freizeit gemeinsam
 90 mit anderen verbringen können. Dort müssen auch PCs und Laptops sowie moderne,
 91 technische Geräte zur Verfügung stehen, damit Jugendliche in sicherer Umgebung
 92 den Umgang mit digitalen Medien erlernen können.

93 **Festung Europa niederreißen**

94 Schließlich darf unsere Solidarität nicht an nationalen Grenzen aufhören. Mehr
 95 als 80 Millionen Menschen sind nach Einschätzung des UNHCR weltweit auf der
 96 Flucht vor Krieg, Konflikten und Verfolgung. An den Grenzen des
 97 Friedensnobelpreisträgers Europäische Union sterben tausende Schutzbedürftige
 98 und die zivilgesellschaftliche Seenotrettung wird kriminalisiert. Deutschland
 99 muss bei der Aufnahme von Geflüchteten endlich vorangehen und ein Zeichen für
 100 sichere Häfen setzen. Dazu gehört, dass § 23 (1) des Aufenthaltsgesetzes
 101 geändert wird, um den Bundesländern zu erlauben, eigenständig
 102 Landesaufnahmeprogramme aufzusetzen. Ebenso gilt es, sich für sichere Fluchtwege
 103 und das Ende der EU-Abschottungspolitik einzusetzen, damit Menschen nicht mehr
 104 auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen. Statt dem ungerechten Dublin-
 105 System brauchen wir eine solidarische Lösung, die Geflüchteten die Wahl ihres
 106 Asylortes ermöglicht. Und wir müssen weg vom Konstrukt der vermeintlich
 107 „sicheren“ Herkunftsstaaten, wieder hin zur Einzelfallprüfung. Wir wollen für
 108 ein langfristiges Ankommen sorgen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine
 109 menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische
 110 Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden und der Einsatz für
 111 Bleibeperspektiven und auch für Familiennachzug im Vordergrund steht.
 112 Langfristig streben wir eine Überwindung von Nationalstaaten sowie globale
 113 Bewegungsfreiheit für alle an.

114 **2. Gute Bildung für alle**

115 Wir wollen eine Gesellschaft, die auf allen Ebenen fair und solidarisch ist.
 116 Eine Gesellschaft in der Bildung nicht Privileg, sondern Menschenrecht ist. Wir
 117 müssen verhindern, dass Armut vererbt wird und den Zusammenhang von sozialer
 118 Herkunft und Bildungserfolg endlich aufbrechen! Alle Bildungseinrichtungen, von
 119 der Kita bis zur Hochschule, sollen kostenfrei sein – finanziert über
 120 Steuermittel. Das ist unsere Vorstellung einer solidarischen Bildungspolitik,
 121 die über den Tellerrand hinausblickt und Schwache fördert sowie Starke fordert.

122 **Chancengerechter Start ins Leben**

123 Bildungsgerechtigkeit beginnt bereits bei der frühkindlichen Bildung. Alle
 124 folgenden und wichtigen Bildungsprozesse sowie Chancen basieren auf diesem
 125 Fundament. Ein hoher Qualitätsstandard in der Erziehung und Begleitung ist
 126 deshalb bereits bei Kindern ab Geburt bis ins Vorschulalter elementar wichtig,
 127 um alle Kinder, unabhängig vom Wohnort und den sozio-ökonomischen
 128 Voraussetzungen ihrer Eltern, die bestmöglichen Bildungs- und
 129 Entwicklungschancen zu garantieren. Als GRÜNE JUGEND Hessen fordern wir deshalb,
 130 dass die Politik nachhaltig mehr Geld sowie Fördermittel in die frühkindliche
 131 Bildung investiert und hochwertige/ qualitative Standards, z.B. im Bereich der
 132 Medienbildung, etabliert/ eingesetzt werden. Dafür brauchen wir Kitas, die jedes
 133 einzelne Kind fördern und unterstützen. Wir wollen beitragsfreie Bildung von
 134 Anfang an und einen sofortigen Ausbau der Kitas. Jede Familie hat das Recht auf
 135 einen kostenfreien Kita Platz pro Kind. Jedes Kind hat das Recht, sich nach den
 136 eigenen Fähigkeiten und Interessen zu entfalten.

137 Kinderarmut stoppen!

138 Aktuell gelten 3 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland als arm. Das
139 ist jedes fünfte Kind in Deutschland! Wir fordern die Einführung einer
140 Kindergrundsicherung, um die viel zu hohe Kinderarmut endlich anzugehen. Durch
141 diese beenden wir die Ungerechtigkeit, dass sich die staatliche Unterstützung
142 der Kinder am Einkommen ihrer Eltern bemisst. Denn Geldleistungen und soziale
143 Infrastrukturleistungen des Staates dürfen nicht gegeneinander ausgespielt
144 werden, Kinder und deren Familien brauchen beides. Für mehr Chancengerechtigkeit
145 ist neben der Einführung einer Kindergrundsicherung auch ein Bildungs- und
146 Erziehungssystem, das niemanden zurücklasst, dringend notwendig.

147 Schule endlich chancengerecht gestalten

148 Wir leben in einer Zeit, in der junge Menschen große Angst um ihre Zukunft haben
149 und sich allein gelassen fühlen. Seit einem Jahr findet kaum noch Unterricht
150 statt und das hat fatale Folgen für junge Menschen. Dazu kommt, dass unser
151 Bildungssystem in der Vergangenheit stecken geblieben ist. Wir brauchen eine
152 Bildungsrevolution! Schule im Jahre 2021 muss endlich chancengerecht und modern
153 sein. In unserem Bildungsantrag haben wir im Herbst 2020 klare Forderung für
154 eine starke und gerechte Bildung gestellt! Wir als GRÜNE JUGEND Hessen wollen
155 dafür kämpfen, dass unsere Utopien von Bildung endlich Wirklichkeit werden! Für
156 uns als GRÜNE JUGEND Hessen ist eine gerechte Bildung der Grundstein für eine
157 offene, nachhaltige und selbstbestimmte Gesellschaft.

158 Ausbildungen stärken

159 Die Qualität der Ausbildung sinkt immer stärker, insbesondere an den
160 Berufsschulen, wo es vor allem an Geld für Infrastruktur, Lehrkräfte und an der
161 Verzahnung mit den Betrieben mangelt. Und der Stress im Bildungssystem nimmt zu,
162 auf Kosten der Qualität, denn die Ausbildungszeiten an Schulen und Unis werden
163 immer mehr verkürzt. Bildung braucht Zeit und vor allem Geld. Es muss klar sein,
164 dass Bildungsinteressen vor wirtschaftlichen Interessen stehen müssen und ein
165 lebenslanges Lernen ermöglicht werden muss! Wir als GRÜNE JUGEND Hessen finden,
166 dass junge Menschen eine Ausbildungsgarantie brauchen. Außerdem müssen
167 Ausbildungsberufe attraktiver, sicherer und barrierefrei gestaltet werden.
168 Auszubildende müssen in ihren Lehrjahren endlich genug Lohn bekommen, um ein
169 eigenständiges Leben führen zu können und nicht abhängig von Verwandten oder
170 Freund*innen zu sein. Außerdem müssen die Rechte der Jugend- und
171 Ausbildungsvertretung gestärkt werden. Es ist unverständlich, dass betriebliche
172 Mitbestimmung nicht in allen Betrieben einen hohen Stellenwert hat oder
173 überhaupt nicht existent ist.

174 Eine Hochschule für Alle

175 Das deutsche Bildungssystem ist selektiv, wie kaum ein anderes auf der Welt und
176 das setzt sich an den Hochschulen weiter fort. Wir fordern, die Barrieren zum
177 Hochschulzugang ein für alle Mal einzureißen. Durch Numeri Clausi und
178 (versteckte) Studiengebühren werden gerade Abiturient*innen aus
179 einkommenschwachen Haushalten und Bildungsaufsteiger*innen vom Studieren
180 abgehalten. Damit muss endlich Schluss sein! Wir wollen, dass alle
181 Studiengebühren restlos abgeschafft werden, auch solche für Langzeitstudierende.
182 Bildung ist und bleibt keine Ware und die Hochschule ist kein Supermarkt. Wir
183 müssen die Notwendigkeit einer Begrenzung von Studienplätzen durch einen Ausbau
184 von Studienplätzen obsolet machen. Wir wollen die Grundfinanzierung stärken,

185 anstatt Universitäten in Exzellenzwettbewerben um begrenzte Mittel gegeneinander
 186 antreten zu lassen. Einen weiteren wichtigen Pfeiler der Bildungsgerechtigkeit
 187 sehen wir in der Voraussetzung, das eigene Studium finanzieren zu können. Die
 188 GRÜNE JUGEND Hessen wird sich auch in Zukunft für ein gerechtes BAföG einsetzen,
 189 das alle Studierenden unabhängig von Alter, Leistung, Elternhaus oder
 190 Semesterzahl die Möglichkeit gibt, ihr Studium grundlegend zu finanzieren.

191 **Digitalisierung an die Schulen bringen**

192 Die Corona-Krise hat nochmal deutlich gemacht, dass wir einen großen
 193 Investitionsstau bei der Digitalisierung im Bildungswesen haben. Die meisten
 194 Schulen sind weder mit dem notwendigen Personal noch mit der notwendigen Hard-
 195 oder Software ausgestattet, um in einem Regelbetrieb arbeiten zu können.
 196 Medienkompetenz ist zentral für das Leben im 21. Jahrhundert. Wir wollen
 197 digitale Bildung als Querschnittsthema in allen Lehrplänen verankern. Die
 198 digitalen Medien sind nicht nur Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern vor allem
 199 Wissensspeicher. Besondere Beachtung muss im Zuge der Digitalisierung das Lernen
 200 Zuhause finden. Hierfür bedarf es einer angemessenen digitalen Infrastruktur.
 201 Schüler*innen müssen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und dem Vermögen
 202 ihrer Eltern, über entsprechende digitale Endgeräte, sowie einen problemlosen
 203 Zugang zum Internet verfügen. Die Corona-Pandemie hat eindeutig gezeigt, dass
 204 nur so der flächendeckende Zugang zu Bildung ermöglicht werden kann. Die
 205 Digitalisierung der Schulen darf auf keinen Fall Kinder aus ärmeren Haushalten
 206 ausgrenzen. Digitalisierung muss ebenfalls als Chance für Inklusion verstanden
 207 und dementsprechend ausgebaut werden. So wird die digitale Teilhabe am
 208 Unterricht ermöglicht, wenn Schüler*innen z.B. nicht persönlich am Unterricht
 209 teilnehmen können. Wir als GRÜNE JUGEND Hessen setzen uns dafür ein, dass der
 210 „Digitalpakt“ unkompliziert und bedarfsgerecht für alle Schulen abrufbar ist und
 211 allen Schüler*innen und Fachkräfte notwendige digitale Geräte kostenlos zur
 212 Verfügung gestellt werden! Die tiefe soziale Spaltung nach Schulformen zeigt: es
 213 ist Zeit für eine progressive Bildungspolitik! Schulen dürfen keine bloßen
 214 Lernfabriken zur Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt sein, sondern Orte zum freien
 215 Lernen und Entfalten auf dem Weg hin zu einer emanzipierten Gesellschaft.

216 **3. Sozialer Kampf statt Arbeitskrampf**

217 Das ein „Weiter-So“ keine Alternative ist, hat sich einerseits in der Corona
 218 Krise gezeigt, in der ein kaputt gespartes Gesundheitssystem, das Beharren auf
 219 dem Weiterlaufen der Wirtschaft und das Festhalten an Patentrechten für
 220 Impfstoffe mehr als 70.000 Menschen in Deutschland und Millionen Menschen
 221 weltweit das Leben gekostet hat. Andererseits zeigt sich das tagtäglich im
 222 politischen Versagen im Kampf gegen die Klimakrise. Solange Unternehmen
 223 strukturell gezwungen sind die Umwelt für Profite auszubeuten, um im
 224 internationalen kapitalistischen Wettbewerb bestehen zu können, und Staaten auf
 225 Steuern von eben diesen Unternehmen angewiesen sind, um handlungsfähig zu
 226 bleiben, werden wir die multiplen Krisen dieser Zeit nicht bewältigen können.

227 Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer Wirtschaft, die
 228 sich von Profit- und Wachstumszwängen löst und die Bedürfnisse der Menschen ins
 229 Zentrum stellt. Unser derzeitiges Wirtschaften findet auf dem Rücken der Umwelt
 230 und der ausgebeuteten Menschen, vor allem im globalen Süden statt. Auch in
 231 Deutschland sind immer noch zu viele Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung
 232 betroffen. Gleichzeitig geht in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich
 233 weiter auseinander. Das ist ungerecht und gefährdet den sozialen Zusammenhalt in

234 unserer Gesellschaft. Wir brauchen ein Umdenken in unserer Arbeits- und
 235 Sozialpolitik! Unsere Vision bleibt eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und
 236 Lohnarbeitszwang, in der ein Mensch nicht anhand seiner wirtschaftlichen
 237 Verwertbarkeit gemessen wird.

238 **Ein wirkliches „Sozial“-system**

239 Um dahin zu kommen brauchen wir erstens eine Abschaffung von Hartz IV und die
 240 Einführung einer sanktionsfreien Garantiesicherung, die Bezieher*innen auffängt
 241 und ihnen die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Langfristig streben
 242 wir ein bedingungsloses Grundeinkommen an. Obwohl die Produktivität von
 243 Arbeitnehmer*innen in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen ist, sinken
 244 die Arbeitszeiten nicht und die Löhne sind im europäischen Vergleich niedrig.
 245 Deswegen fordern wir eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden oder weniger bei
 246 vollem Gehalt. So können wir die Arbeitnehmer*innen stärker am erarbeiteten
 247 Profit beteiligen und schaffen gleichzeitig mehr Zeit für politisches
 248 Engagement, Bildung und Beziehungsarbeit. Zudem brauchen wir die Erhöhung des
 249 Mindestlohns auf mindestens 15€ die Stunde und eine Abschaffung aller Ausnahmen
 250 von diesem.

251 Um das alles zu finanzieren, müssen wir an die ungleiche Vermögensverteilung in
 252 Deutschland ran. Alle Menschen profitieren von staatlichen Strukturen und müssen
 253 deswegen ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Ein großer Teil des
 254 privaten Vermögens ist in Deutschland aber nicht durch Arbeit, sondern durch
 255 Erben zustande gekommen. Davon landet aber nur ein Bruchteil beim Staat. Anstatt
 256 von Ausnahmen und Schlupflöchern für Großerb*innen, brauchen wir eine
 257 gestaffelte und erhöhte Erbschaftsteuer, die auf dem familiären Verhältnis und
 258 dem bisherigen Reichtum der Erb*innen basiert. Darüber hinaus brauchen wir eine
 259 Anhebung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 55%, die Einführung einer
 260 rechtssicheren progressiven Vermögenssteuer und einer Finanztransaktionssteuer,
 261 sowie das konsequente Vorgehen gegen Steuervermeidung und -betrug. Im Kampf
 262 gegen die Klimakrise müssen wir klimaschädliche Subventionen abbauen und endlich
 263 eine wirksame CO²-Steuer erheben, mit welcher das 1,5-Grad-Ziel erreichbar ist.
 264 Diese muss in Form eines sozial gerechten Klimageldes an alle Bürger*innen
 265 zurückgezahlt werden, sodass einerseits eine Lenkungswirkung entsteht, aber
 266 andererseits Geringverdiener am Ende des Jahres nicht weniger Geld in der Tasche
 267 haben.

268 **Mehr Demokratie in Betrieben wagen**

269 Schließlich müssen wir die Wirtschaft demokratisieren. Manche Bereiche, wie
 270 Mobilität, Gesundheit, Energie und Wohnen, sind Grundrechte, die nicht danach
 271 gewährt werden dürfen, wer das Geld dafür hat. Darüber hinaus müssen wir die
 272 Gewerkschaften stärken. Wir brauchen eine Reform des
 273 Betriebsverfassungsgesetzes, damit die Betriebsräte nicht nur bei sozialen oder
 274 arbeitsrechtlichen, sondern auch bei unternehmerischen Fragen mitentscheiden
 275 können. Betriebsräten muss ein Mitsprache- und Vetorecht bei Kündigungen, ein
 276 Informationsrecht über alle Werk- und Leiharbeiter*innen, sowie weiterer
 277 Randbelegschaft auf dem Werksgelände und auch ein politisches Streikrecht
 278 zugestanden werden. Auch im Zuge der Digitalisierung brauchen die Betriebsräte
 279 mehr Möglichkeiten zu wirken, z.B. bei der Datensammlung über Mitarbeitende.
 280 Mindestens 50 Prozent der Plätze in Aufsichtsräten und Vorständen von
 281 Unternehmen müssen durch Arbeiter*innen besetzt werden, um echte politische
 282 Teilhabe zu sichern. Sämtliche staatlichen Organe müssen sich verpflichten,

283 Aufträge nur an Betriebe zu geben, die eine Tarifbindung haben und ausreichend
284 ökologische Standards erfüllen.

285 **Arbeitskämpfe digital und international**

286 Gleichzeitig ist uns klar, dass wir Arbeitskämpfe international führen müssen.
287 Denn unter dem kapitalistischen System und der Klimakrise leiden die Menschen
288 und Lohnabhängigen im Globalen Süden am meisten. Die Einführung eines
289 konsequenten Lieferkettengesetzes in Deutschland und auf der Ebene der
290 Europäischen Union ist ein erster Schritt gegen die globale Ausbeutung von
291 Mensch und Natur. Wir sehen die Digitalisierung als Chance, um unserem Ziel
292 einer Gesellschaft mit weniger Arbeit und ohne Armut und Zwang näher zu kommen.
293 Wir müssen die Gewinne aus der Digitalisierung der Arbeit gerecht verteilen und
294 Menschen, die ihre Arbeit deswegen verlieren, auffangen und Perspektiven bieten.

295 **Yes We Care!**

296 Viele Frauen müssen im Moment aus dem Homeoffice heraus die Betreuung der
297 Kinder, die Erziehung und Bildung dieser, sowie die sonstige unbezahlte Care-
298 Arbeit erledigen. Das muss sich ändern! Jede Person im Haushalt ist gleich gut
299 geeignet, die Sorgearbeit auszuüben. Wir müssen diese patriarchalen Denkweisen
300 überwinden und es zur Regel machen, dass auch Männer in Teilzeit arbeiten oder
301 sich Elternzeit nehmen können! Arbeitgeber*innen müssen Personen, die zuhause
302 die Sorgearbeit übernehmen, Gleitzeitregelungen, Arbeitszeitkonten und generell
303 mehr Flexibilität in der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit einräumen. Diese
304 Möglichkeiten müssen flächendeckend vorhanden sein und aktiv von
305 Arbeitgeber*innen für alle Geschlechter angeboten werden.

306 **Das ist unser Haus!**

307 Gerade in unseren Städten ist Wohnen zu einer der zentralen sozialen Kämpfe
308 geworden. Mieten- und Eigentumspreise steigen scheinbar ungebremst an und immer
309 mehr sozialgeförderte Wohnungen fallen aus der Bindung, sodass breite
310 Bevölkerungsschichten keine bezahlbare Wohnung mehr finden. Es ist deshalb an
311 der Zeit für eine Wende in der Wohnungspolitik! Wohnen ist ein Grundrecht und
312 keine Ware! Wir setzen uns deshalb auch dafür ein, dass dies als solches im
313 Grundgesetz verankert wird.

314 Grundlage für eine soziale und solidarische Wohnungspolitik ist die Einführung
315 der Neuen Wohngemeinnützigkeit, die es endlich wieder attraktiv machen würde,
316 für z.B. mehr sozialen Wohnungsbau zu sorgen. Denn es kommt nicht nur darauf an,
317 dass gebaut wird, sondern vor allem auch wie, was und für wen! Wichtig ist aber
318 auch den Mieter*innen eine Atempause zu verschaffen. Wir unterstützen deshalb
319 die Idee eines bundesweiten Mietenstopps, der die Mieten auf dem jetzigen Stand
320 für sechs Jahre einfriert und strikte Oberwerte einführt. Nur für Mieten, die
321 weniger als 80% der ortsüblichen Vergleichsmiete betragen, soll eine jährliche
322 Mietsteigerung von 2 % pro Jahr bis maximal 80% der ortsüblichen Vergleichsmiete
323 möglich sein, um Härtefälle zu vermeiden. Weitere Maßnahmen, wie der Einbezug
324 von allen Bestandswohnungen bei der Berechnung des Mietspiegels und ein
325 Wohnraumzweckentfremdungsverbot zur Bekämpfung von Leerstand, sind sinnvolle
326 Ergänzungen. Klar ist auch: Wir brauchen mehr Wohnraum in öffentlicher Hand, um
327 Spekulation wirksam entgegenzutreten zu können. Über Rekommunalisierung und
328 Enteignung von großen preistreibenden Immobilienkonzernen, wie z.B. der Deutsche
329 Wohnen und Vonovia, kann dieser Weg gegangen werden.

330 Wir als GRÜNE JUGEND Hessen stehen für eine Wohnungspolitik, die die soziale und
 331 ökologische Dimension zusammen denkt. Dies bedeutet flächenschonend und
 332 bedarfsorientiert zu bauen, Stadtplanung vom Grün her zu denken,
 333 Niedrigenergiehausmodelle zu fördern und auf nachhaltige Rohstoffe zu setzen.
 334 Aber auch die dringend benötigte ökologische Sanierung von Bestandsgebäuden in
 335 einem möglichst geringen Ausmaß auf die Mieter*innen umzulegen. Gleichzeitig
 336 gilt es auch den ländlichen Raum nicht aus dem Auge zu verlieren und dort
 337 gezielt Infrastruktur aufzubauen, um der Landflucht entgegenzuwirken.
 338 Entscheidend wird auch sein, wie wir mit der begrenzten Ressource von Grund und
 339 Boden umgehen. Wir brauchen eine soziale Bodenordnung, eine Bodenwertsteuer, die
 340 nicht das Grundstück an sich bewertet, sondern auch Wertsteigerungen mit
 341 einberechnet, und statt dem massiven Verkauf nur noch eine Verpachtung von
 342 öffentlichen Flächen.

343 **4. Gesundheit ist ein Menschenrecht!**

344 Der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht –
 345 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder der wirtschaftlichen Lage. Doch die
 346 voranschreitende Ökonomisierung des Gesundheitssystems sorgt dafür, dass die
 347 menschlichen Bedürfnisse nicht im Zentrum stehen, sondern Profit und Gewinn. Für
 348 uns als GRÜNE JUGEND Hessen ist klar: Gesundheit ist keine Ware, sondern ein
 349 Menschenrecht!

350 **Impfstoff für Alle**

351 Die nationalistischen Egoisten in der internationalen Verteilung von Impfstoffen
 352 zeugen von einem moralischen Versagen. Und der Preis dafür werden Menschenleben
 353 und Existenzen vor allem in den ärmsten Ländern der Welt sein. Deutschland muss
 354 sich in der WTO für eine Freigabe der Patente der Corona Impfstoffe einsetzen,
 355 damit alle Länder sofort mit der Produktion von Impfstoffen anfangen können.
 356 Hier in Deutschland wird weiterhin im Schneckentempo über eine Impfstrategie
 357 diskutiert. Die Bundesregierung muss jetzt so schnell wie möglich die
 358 Impfkampagne beschleunigen. Wir fordern, dass alle Menschen eine kostenlose,
 359 sichere und schnelle Impfung angeboten bekommen!

360 **Gute Versorgung für Alle**

361 Die bundesdeutsche Krankenkassenpolitik ist besonders auf Profit ausgelegt.
 362 Private, aber auch gesetzliche Krankenkassen machen hohe Umsätze mit der
 363 Gesundheit ihrer Kund*innen. Das darf so nicht sein! Jeder Mensch hat ein
 364 unveräußerliches Recht auf Gesundheit und dieses Recht darf nicht den Gesetzen
 365 des sogenannten freien Marktes unterworfen werden, wo sich die verschiedenen
 366 Anbieter*innen preislich zu unterbieten versuchen und gleichzeitig hohe Profite
 367 auf Kosten der Patient*innen einfahren. Privatpatient*innen werden häufig
 368 überversorgt, was auch ein gesundheitliches Risiko bergen kann, während
 369 Kassenpatient*innen um einiges länger auf Termine warten müssen und häufig
 370 weniger Zeit für eine gründliche Untersuchung zugesprochen bekommen. Deshalb
 371 fordern wir eine Bürger*innenversicherung, in die alle Menschen abhängig von
 372 ihrem Einkommen einzahlen und mit der das Versicherungssystem insgesamt
 373 solidarischer gestaltet wird.

374 **Systemrelevant? Dann aber her mit dem besseren Lohn!**

375 In der Corona Krise wurde noch deutlicher, dass unsere Gesellschaft ohne die
 376 vielen Menschen in der (unbezahlten) Sorgearbeit, dem Einzelhandel und vielen
 377 anderen unterbezahlten Berufsfeldern nicht überlebensfähig ist. Pfleger*innen

378 sammeln Überstunden en masse, sind überarbeitet, über das Maximum hinaus
 379 emotional sowie körperlich überlastet und werden dafür auch noch katastrophal
 380 bezahlt. Wir fordern eine umfassende Reformierung des Gesundheitswesens und vor
 381 allem der Personalstellen. Wir fordern, dass die Pflege, wie der gesamte
 382 Gesundheitsbereich, primär darauf ausgelegt sein sollte, den betroffenen
 383 Menschen eine bestmögliche Pflege zu bieten. Wir lehnen ab, dass Gesundheit ein
 384 Profitgeschäft für große Konzerne ist und Mitarbeiter*innen und Patient*innen
 385 darunter leiden müssen! Dafür müssen die Strukturzwänge, die zu Unterbezahlung
 386 und Überschichten, zu schlechter Pflege und Behandlung führen durchbrochen
 387 werden. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten, höhere Löhne
 388 und einen besseren Personalschlüssel insbesondere im Bereich der Pflege- und
 389 Erziehungsberufe, um die seit Jahrzehnten bestehenden strukturellen Probleme
 390 endlich anzugehen.

391 **Kostenloser Zugang zu Verhütungs- und Hygieneartikeln**

392 Sichere und gute Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb fordern
 393 wir, dass die Kosten für Verhütungsmittel durch die neue
 394 Bürger*innenversicherung übernommen werden. Darüber hinaus muss die umfassende
 395 Aufklärung über alle Verhütungsmittel und ihre Verwendung stärker in den
 396 Lehrplänen der Schulen verankert werden. Nicht nur Kondome und die Pille sollen
 397 thematisiert werden, sondern auch die weniger bekannten Mittel wie Lecktücker
 398 und nicht-hormonelle Präparate zur Verhütung für alle Geschlechter. Die
 399 Menstruation stellt für viele Menschen eine finanzielle Belastung dar. Die
 400 Periode ist jedoch kein Luxus und nichts, wofür man bezahlen sollte. Wir fordern
 401 die kostenlose Zurverfügungstellung von Hygiene- und Verhütungsmitteln.

402 **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren**

403 Das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren darf nicht länger durch das
 404 Strafgesetzbuch kriminalisiert werden, die Paragraphen 218 und 219a StGB müssen
 405 gestrichen werden! Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung darf nicht nur auf
 406 Plakaten stehen, sondern muss endlich auf politischer Ebene realisiert werden.
 407 My Body My Choice!

408 **Drogenpolitik - sicherer und verantwortungsvoller Konsum**

409 Die GRÜNE JUGEND Hessen setzt sich für die Legalisierung von Cannabis und von zu
 410 Beginn kleinen Mengen anderer Drogen sowie umfangreiche Informations- sowie
 411 Präventionsmaßnahmen ein. Wir erkennen, dass der Drogenkonsum grundsätzlich
 412 verschiedene und zum Teil erhebliche Risiken birgt, denen mit einer
 413 Legalisierung jedoch deutlich besser begegnet werden kann. Denn bei der
 414 Legalisierung geht es auch darum, Konsument*innen zu schützen. Durch
 415 Kriminalisierung wird nämlich niemandem geholfen. Im Gegenteil, der Konsum wird
 416 unsicherer, da was offiziell nicht existieren und vertrieben werden darf auch
 417 nicht auf toxische Inhaltsstoffe überprüft werden kann. Wir brauchen jetzt eine
 418 liberale und moderne Drogenpolitik! Deswegen fordern wir endlich die Einführung
 419 eines flächendeckenden Drug-Checkings, das in unseren Nachbarländern schon
 420 erfolgreich funktioniert! Die GRÜNE JUGEND Hessen setzt sich für ein absolutes
 421 Verbot von Werbung sowohl für Tabak und Alkohol als auch für andere
 422 suchtfördernde Mittel und Glücksspiele ein. Weder dürfen Kinder und Jugendliche
 423 durch Werbung zum Konsum dieser Stoffe angeregt, noch dürfen natürliche
 424 Hemmschwellen aufgehoben werden.

425 **5. Nicht nur Elitenförderung: Kultur und Sport für alle**

426 Corona hat gezeigt, was für einen wichtigen Stellenwert Kultur und Sport in
427 unserer Gesellschaft haben. Doch Kulturschaffende bewegen sich oft am
428 Existenzminimum und die finanzielle Situation von Kultureinrichtungen waren
429 schon vor der Pandemie sehr prekär. Wir fordern mehr finanzielle Mittel vom
430 Staat in die Kultur, besonders in Sub- und Jugendkultur zu investieren. Darüber
431 hinaus müssen Kulturschaffende endlich sozial abgesichert sein und fair vergütet
432 werden. Wir fordern als GRÜNE JUGEND Hessen, dass die Kulturbranche eine
433 sofortige Unterstützung sowie einen Weg aus der Krise erhält. Kultur ist keine
434 Selbstverständlichkeit! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss weiter gestärkt,
435 aber wo notwendig auch in den Strukturen verschlankt werden. Ungerechtfertigte
436 Doppelstrukturen wollen wir abbauen.

437 Die Sportförderung muss noch mehr auf den Breitensport, als auf den Spitzensport
438 ausgerichtet werden. Sportverbände und Vereine, welche durch korrupte,
439 undemokratische oder intransparente Strukturen auffallen, dürfen so lange keine
440 Förderungen mehr erhalten, wie diese Strukturen bestehen. Bei Projektförderungen
441 sollen vor allem kleine Vereine profitieren, welche geringe Finanzmittel
442 und/oder wo*menpower haben. Deutschland darf sich nur für
443 Sportgroßveranstaltungen bewerben, wenn diese klimaneutral ausgerichtet werden
444 und die Sportstädten nachhaltig verwendet werden können. Darüber hinaus müssen
445 die Prämien für alle Geschlechter gleich hoch sein.